



NATIONALDEMOKRATISCHES
EUROPAWAHLPROGRAMM



Herausgeber
NPD-Parteivorstand
Postfach 84 01 57
12531 Berlin

030 - 650 110
interessenten@npd.de

Vi.S.d.P.: Jörg Hähnel, Seelenbinderstr. 42, 12555 Berlin - E.i.S.

Europa wählt rechts

Das Europaprogramm der NPD

Verantwortlich, Redaktion: Karl Richter
Amt Politik der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands

Verabschiedet vom NPD-Parteipräsidium am 10. Januar 2014 in Dresden

| | |
|--|-----------|
| Vorwort von Udo Voigt..... | 7 |
| Präambel..... | 9 |
| I. Europa – sozial und gerecht!..... | 13 |
| Wohlstand und soziale Errungenschaften sichern – trotz der EU | |
| II. Europa hat Zukunft!..... | 15 |
| Für eine europäische Bevölkerungs- und Familienpolitik | |
| III. Gut leben in Europa!..... | 17 |
| Nationaldemokratische Leitlinien für eine europäische Wirtschaftspolitik | |
| IV. Europa – sicher und selbstbestimmt!..... | 19 |
| Nationaldemokratische Forderungen für eine europäische Innenpolitik | |

| | |
|--|-----------|
| V. Europa – mehr als Banken und Börsen!..... | 23 |
| Für eine transparente Banken- und Finanzpolitik im Dienst der Völker | |
| VI. Europa in der Welt!..... | 25 |
| Für eine Außenpolitik im Interesse der europäischen Völker | |
| VII. Europa – UNSER Weltteil!..... | 29 |
| Rechtsstaat, Bildung und Identität im Europa souveräner Völker | |
| VIII. Europa verteidigen!..... | 31 |
| Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Verbund souveräner Völker | |



Udo Voigt

NPD-Spitzenkandidat zur Europawahl

VORWORT

Für ein Europa freier Völker - sozial geht nur national!

Liebe Landsleute,

von einem Europa freier Völker kann heute keine Rede mehr sein. Wir finden uns mehr und mehr in einem Europa wieder, das unter der Knechtschaft von Banken und Kapital zu leiden hat. Von sozialer Marktwirtschaft oder einer Solidargemeinschaft zwischen Arbeit, Banken und Kapital ist in Deutschland und in Europa wenig zu spüren. Ein halbes Dutzend Länder der Währungsunion steht bereits jetzt vor einem Staatsbankrott und muß die Bedingungen von Banken und Kapital erfüllen. Ein fremder Geist, welcher alles dem Mammon untergeordnet hat, hat die Völker Europas ergriffen und zerstört sie von innen heraus.

In Europa muß das Bekenntnis zum abendländischen Erbe, zum national- und sozialstaatlichen Ordnungsprinzip, zur Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und zum Prinzip der Volkszugehörigkeit Grundlage einer neuen sozialstaatlichen Ordnung sein. Nur so kann an die

EUROPA WÄHLT

RECHTS

Stelle eines „EU-Europas“ der Technokraten ein lebenskräftiges Europa der Völker treten, das frei, zukunftsfähig, sozial gerecht und in seinen nationalen Identitäten geschützt ist.

In der BRD wird, wie in allen EU-Staaten, abgezockt, was das Zeug hält: Vom Staat, von Managern, von Politikern, von Vorständen der Krankenkassen und Versicherungen. Das Volk blutet, und das Kapital kassiert! Unter sozialen Verwerfungen leiden heute alle europäischen Staaten, daher ist es wichtig, daß nationale Souveränitäten und damit verbundene Währungshoheiten wiederhergestellt werden!

Wir Nationaldemokraten verurteilen die vom Kapital geförderte Völkerwanderung, in der Menschen als Arbeitsklaven überall dorthin verbracht werden, wo billige Arbeitskräfte nötig sind. Die Politik muß unserer Meinung nach stattdessen dafür sorgen, daß die Menschen in ihrer Heimat Arbeit finden.

Die sozialen Probleme der Völker Europas können nicht dadurch gelöst werden, daß die BRD die Grenzen für Armutsflüchtlinge öffnet. Wir wollen, daß die Menschen dort

PRÄAMBEL

Arbeit finden, wo sie ihre Heimat haben und zuhause sind. Heute wird angesichts der Flucht- und Auswanderungswellen viel von Menschenrechten schwadroniert. Wir halten dies für Heuchelei. Was soll denn daran menschlich sein, den Zuwanderern ihre Heimat und oft genug auch noch ihre Familie zu nehmen und sie als billige Lohnsklaven in die Industrieländer Europas zu verfrachten?

Wir als Sozial-Patrioten sehen in der seit vielen Jahrzehnten gesteuerten Überfremdung ein Instrument der Globalisierer zur Zerstörung unseres Volkes und der Völker Europas, der Vernichtung sozialer Errungenschaften und der stetigen Lohndrückung zur Gewinnmaximierung des heimatlosen Großkapitals.

Statt Zuwanderung fordern wir eine konsequente Ausländerrückführung und statt Integration die Verlegung von Überkapazitäten in deren Heimatländer.

Sozialer Friede und das Miteinander in einer Solidargemeinschaft sind nur unter den Bedingungen nationaler Politik möglich. Wir Nationaldemokraten sind nicht gegen eine europäische Zusammenarbeit, aber – genauso wie Präsident Putin in Rußland – gegen einen multikulturellen Bundesstaat

Europa. Wir sollten die Vielfalt der Völker und Kulturen bewahren und fördern. Daher treten wir für ein Europa freier Völker ein, denn weltweit erteilt der Aufbruch der Völker dem multikulturellen Einheitswahn eine Absage.

Es grüßt Sie
Ihr



Udo Voigt

Ja zu Europa, Nein zu dieser EU – weil Europa auch in Zukunft Lebensraum der Europäer bleiben soll!

Eines vorab: Wir Nationaldemokraten sind Europäer aus tiefer Überzeugung. Der geographische, kulturelle und ethnische Ort der Deutschen auf der Welt ist Europa, das Abendland. Wir bekennen uns zur Vielfalt der Völker und stehen dafür ein, daß die einzigartige kulturelle und geistige Vielfalt, mit der Europa im letzten Jahrtausend die Welt bereichert hat, auch in Zukunft das Bild unseres Erdteils prägt.

Das kulturelle Erbe der Menschheit wäre ärmer ohne die vielfältigen Beiträge des europäischen Geistes und europäischer Wesensart, die von der Philosophie der alten Griechen über das staatspolitische Erbe des Imperium Romanum, die Spiritualität des Mittelalters und den Aufbruch des Renaissance-Menschen bis in die Moderne zu unvergänglichen Errungenschaften des technologischen Zeitalters reichen. Wir sehen uns in der Pflicht, dieses abendländische Erbe an künftige Generationen von Deutschen und Europäern weiterzureichen.

Die NPD bekennt sich daher zu einer nationalen und europäischen Freiheitstradition, deren inhaltlicher Kern die Verteidigung der ethnokulturellen Identität der europäischen Völker ist und die sich historisch beispielhaft in der Abwehr des Mauersturms durch Karl Martell im Jahr 732 bei Poitiers, in der Befreiung Wiens von der Türkenbelagerung 1683 durch Graf von Starhemberg und Jan Sobieski, in Prinz Eugens Sieg über die Osmanen in der Schlacht von Zenta 1697 oder im antikommunistischen Völkerfrühling 1989/90 manifestierte.

Die Vielfalt der europäischen Völker und ihre Zukunft sind heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts, jedoch von der EU und den rasant voranschreitenden Folgen der „europäischen Integration“ existentiell bedroht. Was den Bürgern Europas in den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts als demokratische, friedvolle Zukunftsvision verkauft wurde, entpuppt sich heute immer unverhüllter als grenzüberschreitende, bürgerferne Super-Bürokratie mit totalitären Tendenzen. Die Brüsseler EU entscheidet heute nicht nur über einen Großteil der Wirtschafts- und Finanzgesetzgebung in den Mitgliedstaaten, sondern auch über Fragen der Bildung, des Schul- und des Gesundheitswesens. Irrlehren wie die

Ideologie des „Gender Mainstreaming“ finden im Wege der EU-Rahmengesetzgebung ihren Weg in die Nationalstaaten, ohne öffentlich diskutiert und hinterfragt zu werden. Gleichwohl wälzen diese Irrlehren das gesellschaftliche Selbstverständnis um und stellen die Lebensverhältnisse auf den Kopf.

Ökonomisch hat sich die EU einerseits einem entfesselten Banken- und Marktliberalismus und andererseits einem gleichmacherischen Schuldensozialismus verschrieben, der auf Kosten des europäischen, vor allem des deutschen Mittelstandes und Millionen von Klein- und Normalverdienern geht. Gerade die Folgen der Euro-Gemeinschaftswährung, über deren Einführung die Deutschen von „ihren“ Politikern niemals befragt wurden, machen sich heute, vor dem Hintergrund einer permanenten Banken- und Schuldenkrise, verhängnisvoll bemerkbar. Wir Nationaldemokraten sind nicht bereit, die dauerhafte wirtschafts- und währungspolitische Fesselung unseres Landes zugunsten von Banken, faktisch insolventen Staaten und überstaatlichen Institutionen hinzunehmen. Entgegen der Auffassung der herrschenden politischen Klasse tragen die Deutschen keine moralische Verantwortung für die Finanzierung des Euro-Raums und der EU.

Auch außen- und sicherheitspolitisch befindet sich die Europäische Union auf gefährlichen Abwegen. Während sie sich einerseits einer desaströsen Politik der Öffnung für Millionenheere an Armutsflüchtlingen und Asylbewerbern verschrieben hat, sind in den letzten Jahren, von der europäischen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, zentrale Strukturen der Überwachung und Kontrolle ins Leben gerufen worden, die für die Freiheitsrechte der Deutschen in den kommenden Jahrzehnten nichts Gutes erwarten lassen. Institutionen wie die europäische Polizeitruppe EUROGENDFOR, die im Krisenfall zur Übernahme zahlreicher Hoheitsrechte in den EU-Mitgliedstaaten befugt ist, stehen für die stillschweigende Errichtung tendenziell totalitärer Strukturen, die von den Bürgern niemals demokratisch legitimiert wurden. Hier gilt es, so schnell wie möglich eine politische Trendwende herbeizuführen, wenn zentrale Freiheiten nicht unwiederbringlich ausgehöhlt werden sollen.

Europa betrifft uns alle. Den Folgen politischer Weichenstellungen auf europäischer Ebene kann sich heute niemand mehr entziehen. Fehlentwicklungen und existentielle Bedrohungen unserer Zukunft, wie sie mit der unkontrollierten Zuwanderung von Millionen Fremden einhergehen, lassen sich heute in aller Regel auch nicht mehr im nationalen Alleingang

der Völker bewältigen, sondern nur noch im partnerschaftlichen Zusammenwirken über die Grenzen hinweg. Dies setzt handlungsfähige, souveräne Staaten und Völker voraus, denen ihre Zukunft, ihre Selbständigkeit und ihr Überleben im 21. Jahrhundert wichtig sind.

Wir Nationaldemokraten suchen deshalb die politische Kooperation mit den anderen Völkern unseres Weltteils und insbesondere mit wesensverwandten politischen Bewegungen, Parteien und Regierungen, die sich ebenfalls in der Verantwortung ihren Völkern gegenüber sehen.

Die Europäische Union in ihrer gegenwärtigen Verfaßtheit als bürgerferner, zentralistischer und zunehmend totalitärer Moloch lehnen wir ab. Im institutionellen Rahmen der bestehenden EU setzen wir uns für ihre Umwandlung in einen Bund souveräner, eigenverantwortlicher Staaten ein. Sollte die Europäische Union nicht zu einem kooperativen Staatenbund reformierbar sein, muß Deutschland aus dieser EU austreten.

Europa ist ohne die Stimme der Deutschen nur ein Torso. Deshalb will die NPD am 25. Mai 2014 ins Europäische Par-

lament, um Deutschland und Europa eine neue politische Richtung zu geben.

Unterstützen Sie uns dabei! Um Ihrer und der Zukunft Ihrer Kinder willen.



Darum geht's:

**Wir wollen uns
unser Geld von
der EU nicht aus
der Tasche ziehen
lassen!**

I. EUROPA – SOZIAL UND GERECHT

Wohlstand und soziale Errungen- schaften sichern – trotz der EU

Das bewährte Modell der sozialen Sicherheit für uns Deutsche ist der Sozialstaat der 50er- und 60er Jahre des letzten Jahrhunderts, der der Aufbaugeneration nach dem Krieg größtmögliche soziale Sicherheit bei wirtschaftlichem Wohlstand garantierte. Die historische Tradition des deutschen Sozialstaates reicht zurück bis in die Ära Bismarcks, der mit der Einführung eines umfangreichen Sozialversicherungssystems Maßstäbe bis in die heutige Zeit setzte. Die soziale Absicherung eines möglichst großen Teils unseres Volkes entspricht zugleich unserem Verständnis von nationaler Solidarität. Dies ist auch unser sozialpolitisches Leitbild im 21. Jahrhundert.

Im Zuge des Globalisierungsprozesses der letzten Jahrzehnte und einer entfesselten Schulden- und Deregulierungspolitik wurde der bundesdeutsche Sozialstaat von allen deutschen Regierungsparteien der letzten Jahrzehnte aufs schwerste beschädigt. Reguläre Beschäftigungsverhältnisse, die ausreichenden Erwerb für eine Familie mit Kindern abwerfen, werden immer mehr zur Ausnahme, während Billigjobs mit unzureichender sozialer Absiche-

rung zur Regel werden. Gleichzeitig öffnet eine verfehlte, ja geradezu kriminelle Zuwanderungspolitik die europäischen Sozialsysteme für Zuwanderer aus aller Herren Länder und erkennt ihnen sukzessive gleiche Rechtsansprüche auf den Erhalt von Sozialleistungen zu wie einheimischen EU-Bürgern. Diese fahrlässige oder sogar vorsätzliche Flutung unseres Weltteils mit meist armen und minderqualifizierten Immigranten kommt einem schweren Vergehen an der Zukunft, am Bestand und der Identität Europas gleich und muß mit allen legalen und administrativen Mitteln gestoppt werden.

Die verschiedenen Dienstleistungsrichtlinien der EU haben den Schutz des einheimischen Gewerbes schleichend untergraben, indem bewährte deutsche Qualitätsstandards – auch im sozialen Bereich – mehr und mehr ausgehöhlt wurden. Davon profitieren ausländische Billiglöhner, die deutsche Lohn- und Sozialstandards drücken. Diese Entwicklung ist zwar im Sinne transnational agierender Konzerne, denen an billigen, beliebig verschiebbaren Arbeitskräften gelegen ist, aber nicht des heimischen Mittelstandes.

**EUROPA WÄHLT
RECHTS**

II. EUROPA HAT ZUKUNFT

EUROPA WÄHLT
RECHTS

Zum Schutz bzw. zur Wiederherstellung bewährter deutscher Sozialstandards fordern wir deshalb:

- » Ziel einer europäischen Sozialpolitik muß es sein, Sozial- und Lohnstandards nicht europaweit auf unterstem Niveau zu vereinheitlichen, sondern in den einzelnen Mitgliedsländern der EU zwar national unterschiedliche, aber jeweils höchstmögliche Standards anzustreben. Wir stehen ein für eine Sozialpolitik im Dienst der Bürger, nicht der Konzerne – auch europaweit. Eine weitere Verlagerung nationaler Gesetzgebungskompetenzen nach Brüssel lehnen wir Nationaldemokraten deshalb strikt ab.
- » Die sogenannte Europäische Dienstleistungsrichtlinie (Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt vom 12. Dezember 2006) ist zum Schutz des deutschen Gewerbes vor ausländischer Billiglohnkonkurrenz und zur Verhinderung weiterer Abstriche im Bereich des Arbeitnehmerschutzes wieder außer Kraft zu setzen. Entsprechendes gilt für die sogenannte Entsenderichtlinie (Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern).

» Im Bereich der Sozialversicherungs- und Gesundheitssysteme ist eine europaweite Vereinheitlichung nicht anzustreben. Nationale Mängel und Schiefen sollen auch im nationalen Rahmen beseitigt werden.

Für eine europäische Bevölkerungs- und Familienpolitik

Fast alle europäischen Gesellschaften sind heute von Kinderlosigkeit und Überalterung geprägt. Gerade Deutschland nimmt, was die Reproduktionsleistung seiner Bevölkerung angeht, einen Platz am unteren Ende der europäischen Bevölkerungsskala ein. Schon mittelfristig – um das Jahr 2040 – ist in allen größeren und mittleren Kommunen der Bundesrepublik das Kippen der ethnischen Mehrheit absehbar; aber auch im europäischen Kontext drohen ganze Regionen dem Bevölkerungsaustausch anheimzufallen oder scheinen bereits verloren, wie etwa in den südfranzösischen Ballungsräumen um Marseille und Lyon.

Ursachen dieser verhängnisvollen Entwicklung, die den Fortbestand Europas als Siedlungsraum des abendländischen Menschen akut gefährdet, sind zum einen eine unkontrollierte und von einer verantwortungslosen Brüsseler Politik forcierte Massenzuwanderung von Fremden, insbesondere aus dem islamischen Kulturkreis und Afrika, zum anderen die Vernachlässigung jedweder aktiven, geburtenfördernden Bevölkerungspolitik zugunsten der angestammten europäischen Völker durch die Brüsseler Politik.

Das muß anders werden, wenn die Europäer auch im 21. Jahrhundert noch Herren im europäischen Haus sein wollen. Deutlich muß dabei herausgestellt werden: Der Islam war und ist nicht Teil der europäischen Kulturgeschichte, sondern zielt und zielt nach wie vor darauf ab, in Europa einzudringen und die europäischen Völker zu unterwerfen.

Dabei ist im demokratischen Staat eine aktive, steuernde Bevölkerungspolitik durchaus möglich. Wir Nationaldemokraten werden uns in Europa einsetzen für

- » die Formulierung eines familienpolitischen Leitbildes etwa nach dem Muster des russischen, das für jede Familie ein Ideal von drei einheimischen Kindern vorsieht;
- » die Einrichtung einer bevölkerungspolitischen Leitstelle, die die europäischen Gesellschaften unter dem Aspekt ihrer Reproduktionsleistung und ihrer Altersentwicklung ständig beobachtet und, wo erforderlich, Handlungsempfehlungen an die nationalen Regierungen in den Mitgliedstaaten ausspricht;



- » die Auflage eines bevölkerungspolitischen Handlungsprogramms, das die Generierung bereits kurzfristiger Wachstumseffekte zum Ziel hat. Europa steht demographisch mit dem Rücken zur Wand und verliert mit jedem Monat Terrain an Massen von Zuwanderern aus fremden Kulturkreisen. Dieser Trend muß unter allen Umständen umgekehrt werden, wenn Europa überleben will.

Darum geht's:

**Kinderförderung
statt Zuwanderung.
Europaweit!**

III. GUT LEBEN IN EUROPA

Nationaldemokratische Leitlinien für eine europäische Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaft hat dem Volk zu dienen – nicht umgekehrt! Dieses Leitbild einer nationalen Volkswirtschaft wollen wir Nationaldemokraten auch dem europäischen Wirtschaftsraum zugrundegelegt sehen. Unter besonderer Berücksichtigung spezifisch deutscher Wirtschaftsstrukturen sehen wir uns dabei insbesondere der Förderung und dem Schutz des mittelständischen Gewerbes sowie der heimischen Landwirtschaft vor weiterer Zentralisierung und Gängelung durch die Brüsseler EU-Zentrale verpflichtet.

Wie kaum ein anderer Bereich ist vor allem das europäische Wirtschaftsleben von zentralen Brüsseler Planungsvorgaben betroffen. Ein intransparenter Subventionsdschungel, verbunden mit einer ausufernden Umverteilungsbükratie, bestimmt die Brüsseler Wirtschaftspolitik, wobei kleine und mittlere Betriebe schon wegen fehlender bürokratischer Kapazitäten gegenüber Großkonzernen benachteiligt werden. Diese Schieflage lehnen wir mit Nachdruck ab.

Auch im Bereich der Landwirtschaft profitieren durchrationalisierte Großbetriebe vom Brüsseler Subventions-Füll-

horn, während kleinere Betriebe oft leer ausgehen und dem Konkurrenzdruck von-seiten hochgezüchteter Agrarfabriken nicht gewachsen sind. Europaweit führt diese Entwicklung zu fortschreitender Monokultur und zum Sterben unrentabler, weil kleinerer Landwirtschaftsbetriebe. Schon unter dem Aspekt der Artenvielfalt, der Landschaftspflege und der Versorgungssicherheit ist diese Entwicklung nicht akzeptabel – in Deutschland ebenso wie in allen anderen europäischen Ländern.

Eine Herausforderung ganz eigener Art stellt darüber hinaus das von den etablierten politischen Kräften dies- und jenseits des Atlantik geplante Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) dar. Dies würde nach Ratifizierung europäische Firmen nicht nur völlig unnötig in die Konkurrenz zu US-amerikanischen Unternehmen zwingen, sondern hätte auch in Bereichen wie dem Urheberrechtsschutz weitreichende Auswirkungen für europäische Anbieter. Eine solche Transatlantische Freihandelszone wäre ein großwahnsinniges Projekt, das die Bürger und den Mittelstand diesseits des Atlantiks belastet und einseitig auf die Interessen von internationalen Konzernen ausgerichtet ist. Auf europäischer Ebene wird sich die NPD mit

EUROPA WÄHLT

RECHTS

Nachdruck dafür einsetzen, daß dieses ökonomische Irrsinnsvorhaben niemals Wirklichkeit wird.

Wir Nationaldemokraten treten ein für:

- » die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, um einerseits die Umwelt zu entlasten und andererseits gerade die europäischen Regionen in ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit zu stärken;
- » für mehr Transparenz im Brüsseler Subventionsdschungel und in diesem Zusammenhang für eine Ausweitung der Befugnisse und personellen Kapazitäten der europäischen Korruptionsbekämpfungsstelle OLAF;
- » für weniger zentrale Lenkung der europäischen Binnenwirtschaft durch das Brüsseler Kommissarsregime;
- » für einen Ausbau der außenwirtschaftlichen Kooperation – vor allem im Energiebereich – im größeren eurasischen Verbund mit dem Ziel, den Handelsaustausch und die wirtschaftliche Zusammenarbeit insbesondere mit Rußland zu stärken;

» Pläne zur Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung, wie sie etwa Bundeskanzlerin Merkel verfolgt, lehnen wir mit Vehemenz ab – ihre Verwirklichung würde nur zu noch mehr Bevormundung und Kompetenzverlagerung nach Brüssel führen;

» die EU bzw. eine künftige reformierte europäische Staatengemeinschaft muß ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auch in den Dienst der geopolitischen Durchdringung und Erschließung neuer Märkte stellen, um die Selbstbehauptung unseres Erdteils in der Welt des 21. Jahrhunderts zu gewährleisten; bevorzugte Aktionsräume konzertierter europäischer Außenwirtschaftsanstrengungen sollen dabei die nahen Erschließungsräume im Maghreb und im übrigen Afrika sowie im größeren eurasischen Glacis sein.

Nationaldemokratische Forderungen für eine europäische Innenpolitik

Die Innenpolitik in den europäischen Ländern ist im Zuge der fortschreitenden „Integration“ Europas gekennzeichnet einerseits durch eine zunehmende Einschränkung bürgerlicher Freiheitsräume, andererseits durch den Abbau von Strukturen gerade dort, wo sie für den Schutz der europäischen Bürger essentiell sind. So hat die Politik im Zuge der Herstellung des binneneuropäischen Schengen-Raumes systematisch die europäischen Binnengrenzen außer Kraft gesetzt – und damit vor allem der grenzüberschreitenden Kriminalität Tür und Tor geöffnet. Die Polizei muß sich dagegen auf Stichprobenkontrollen im grenznahen Raum beschränken. Gleichzeitig hat die Ausdünnung des Polizeipersonals im Zuge folgeschwerer Länder-„Polizeireformen“ in den letzten Jahren der Polizei allenthalben weitere Beschränkungen auferlegt. Vor allem in den Großstädten und entlang der deutschen Außengrenzen zu Polen und der Tschechischen Republik beklagen sich die betroffenen Bürger über massive Einbußen an Sicherheit und drastisch ansteigende Kriminalitätsziffern.

Auch für die Innenpolitik der EU-Länder stellt die illegale Einwanderung über das Mittelmeer sowie von Wohlstands-

flüchtligen aus dem südosteuropäischen Raum eine immense Herausforderung dar. Gerade die in den letzten Jahren massiv angestiegene Roma-Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien bedeutet für die Städte eine erhebliche Belastung durch explodierende Sozialausgaben und zahlreiche unerwünschte Begleiterscheinungen der neuen Völkerwanderung wie Kriminalität, Schmutz, Lärm, Prostitution und Ghattobildung. Im einen wie im anderen Fall beläßt es die Politik der etablierten Parteien bei hilflosen Ankündigungen, während der Menschenzustrom faktisch unkontrolliert weitergeht.

Während sie an den Grenzen tatenlos bleibt, rüstet die EU dagegen im Innern in beängstigender Weise gegen die eigenen Bürger auf. Stellvertretend dafür steht die Aufstellung der mehrere zehntausend Mann starken europäischen Polizeitruppe EUROGENDFOR, die für Kriseneinsätze im Innern vorgesehen ist und im Ernstfall zahlreiche hoheitliche Befugnisse bis hin zur Errichtung von Standgerichten und zur Verhängung von Todesurteilen übernehmen soll. Parallel dazu sorgen immer weitergehende behördliche Befugnisse für eine umfassende Ausspähung und Überwachung der europäischen Bürger, während Kritiker die-

ser Entwicklung finanziell und zunehmend auch juristisch schachtmatt gesetzt werden sollen.

Hier ist die stillschweigende Wandlung der EU zum künftigen totalitären Repressionsstaat nach dem Vorbild der untergegangenen UdSSR mit Händen zu greifen – eine Entwicklung, die wir Nationaldemokraten mit Nachdruck ablehnen und bekämpfen.

Wir fordern deshalb im einzelnen:

- » die Wiedereinführung wirksamer Kontrollen an den europäischen Binnengrenzen – hierzu ist erforderlichenfalls die Aufkündigung des Schengen-Abkommens ins Auge zu fassen;
- » die längst überfällige Koordination einer gemeinsamen europäischen Abwehr gegen die unkontrollierte Massenzuwanderung aus aller Welt (siehe auch Kapitel VI: „Europa in der Welt“); darüber hinaus ein im europäischen Verbund koordiniertes Verfahrens-Management – es ist nicht länger hinnehmbar, daß Deutschland das Gros der nach Europa strömenden Zuwanderer aufnimmt, während z.B. Länder wie Italien sich auf die

Weiterleitung der Zuwandererströme beschränken; wir sprechen uns für eine grenznahe, zentralisierte Erfassung und Unterbringung von Asylbewerbern aus, um eine Rückabschiebung abgelehnter Asylbewerber schnell und effizient durchführen zu können;

- » eine Änderung der EU-Freizügigkeitsrichtlinie (Richtlinie 2004/38/EG) nach den Vorschlägen des Präsidenten des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Professor Hans-Werner Sinn, mit dem Ziel, für den Bezug von Sozialleistungen das Heimatlandprinzip zu verankern und somit innereuropäischen Sozialtourismus zu unterbinden: nicht erwerbstätige EU-Ausländer haben demnach keine finanziellen Ansprüche gegenüber dem Gastland; wer hilfsbedürftig ist, muß seine Ansprüche unabhängig vom Aufenthaltsort an sein Heimatland richten;
- » die unverzügliche Einstellung aller gezielten Anwerbemaßnahmen der EU im außereuropäischen Raum, etwa in Schwarzafrika, zum Zweck der Gewinnung angeblicher „Fachkräfte“;
- » die Rückverlagerung innenpolitischer Aufgaben in nationale Kompetenz, insbesondere dort, wo fundamen-

tale Sicherheitsinteressen deutscher Bürger betroffen sind (z.B. im Bereich der Asyl- und Ausländerpolitik, des Asylvollzuges und der Polizeigesetzgebung);

- » die Umwandlung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX in eine vollumfänglich der öffentlichen Hand unterstellte europäische Behörde, vergleichbar etwa dem Europäischen Patentamt;
- » die Abkehr vom verfehlten Konzept der sogenannten europäischen „Metropolregionen“, die städtische Ballungszentren in ganz Europa in einen irrwitzigen Konkurrenzstreit miteinander zwingt, etwa wenn es um die Vorhaltung bestimmter Dienstleistungen und Infrastruktureinrichtungen geht;
- » die unverzügliche Wiederabschaffung der bürgerfernen EU-Polizeitruppe EUROGENDFOR – die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit ist eine Kerndomäne der nationalen Souveränität und soll es auch bleiben;
- » eine drastische Einschränkung aller Bestrebungen zur lückenlosen Datenerfassung und Überwachung der europäischen Bürger (Speicherung von Telekom-

munikationsdaten, Bewegungsprofile etc.) durch europäische und ausländische Behörden. Grundsätzlich gilt für europäische Bürger die Unschuldsvermutung.



Darum geht's:

Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wir sind nicht das Sozialamt Europas!

V. EUROPA – MEHR ALS BANKEN UND BÖRSEN

Für eine transparente Banken- und Finanzpolitik im Dienst der Völker

Die Europäische Union hat sich wirtschaftspolitisch einem einseitig marktkapitalistischen Leitbild verschrieben, das mit seiner grenzenlosen Freiheitsverheißung für Kapital und Dienstleistungen vor allem transnationale Konzerne und internationale Großbanken begünstigt. Regelungsvorschriften wie Basel I, II und III (die die Eigenkapitalausstattung von Firmen und einheitliche Wettbewerbsbedingungen für den Kredithandel im Bereich der EU regeln) haben darüber hinaus mittelständische Betriebe zusätzlich benachteiligt.

Eine eigene Chronik des Versagens liefert zudem das Wirken der Europäischen Zentralbank (EZB) mit ihrer inflationären Geldpolitik, bei der nach und nach die meisten ihrer Stabilitätsprinzipien über Bord geworfen wurden. Die verhängnisvolle Rolle der EZB wurde spätestens im Zuge der „Euro-Rettung“ deutlich, als letztendlich auch die No-Bail-Out-Klausel (Verbot einer Schuldenübernahme durch andere EU-Länder), wie sie in Art. 125 AEUV festgelegt ist, ausgehebelt wurde. Die EZB hat sich von einer unabhängigen europäischen Finanzinstitution zu einem gigantischen Kapital-Staubsauger entwickelt, der – insbesondere seit dem Inkrafttreten des Europäischen Stabilitätsmecha-

nismus (ESM) – Milliarden an Volksvermögen verschlingt; gerade finanzstärkere EU-Mitgliedsländer sind davon betroffen und müssen damit rechnen, daß sie künftig in noch weit stärkerem Maße zur Kasse gebeten werden. Das im September 2012 in Luxemburg installierte ESM-Direktorium genießt weitgehende Immunitätsrechte und unterliegt praktisch keinerlei Kontrolle. Hier werden die Konturen eines totalitären Umverteilungsapparates sichtbar, der die Prosperität gerade leistungsfähigerer EU-Länder wie Deutschland aufs höchste bedroht.

Im übrigen ist die Euro-, Banken- und Schuldenkrise alles andere als bewältigt. Fast monatlich machen neue Herabstufungen und Bankrottwarnungen ganzer Volkswirtschaften die Runde und sorgen für eine immer fragiler werdende Situation an der europäischen Finanzfront. Im Gefolge der von den Banken und der Brüsseler EU-Zentrale forcierten europäischen Bankenkonzentration droht der heillos miteinander verflochtenen europäischen Bankenlandschaft im Belastungsfall ein verheerender Dominoeffekt, vor dem keine europäische Volkswirtschaft gefeit ist.

Auch die Frage nach einer neuen nationalstaatlichen Währungsordnung gehört für uns Nationaldemokraten nach wie

EUROPA WÄHLT

RECHTS

vor auf die Tagesordnung. Die Zwangseinheitswährung Euro war von Anfang an zum Scheitern verurteilt und bürdet den Deutschen nun Haftungsrisiken auf, die die Billionengrenze überschreiten, wenn man die versteckten Haftungsrisiken wie die Vergabe von sogenannten Target2-Krediten durch die Deutsche Bundesbank oder den Ankauf von Ramsch-Anleihen durch die EZB hinzurechnet. Deshalb fordert die NPD auf nationaler Ebene eine Volksabstimmung über den Euro und die Rückkehr zur Deutschen Mark.

Auf europäischer Ebene fordern wir:

- » die schnellstmögliche Rückabwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und seiner Institutionen;
- » die Auflösung der Europäischen Währungsunion in ihrer jetzigen Form mit der Möglichkeit zur Rückkehr zu nationalen Währungen; für Deutschland würde dies bedeuten: Ausstieg aus allen „Rettungspaketen“ und aus der Griechenlandhilfe durch ein permanentes Veto bei künftigen Hilfeanträgen der EU, Rückübertragung der Währungssouveränität, Rückholung sämtlicher Goldreserven der Deutschen Bundesbank zur Deckung der neuen D-Mark;

- » den unverzüglichen Ausstieg Deutschlands aus dem Target2-System, das sich im Rahmen der Euro-Krise zu einer dauerhaften Finanzierungsquelle anderer europäischer Notenbanken durch Mittel der Deutschen Bundesbank entwickelt hat;
- » eine höhere Eigenkapitalquote bei Banken und Unternehmen;
- » ein sofortiges Ende der illegalen Schulden- und Transferunion mitsamt der Praxis, Schulden innerhalb des EU-Verbundes von Dritten – zum Beispiel anderen Staaten – übernehmen zu lassen;
- » keine Bankenunion, sondern konkrete Maßnahmen zur Entflechtung der europäischen Bankenlandschaft inklusive eines konsequenten Trennbankensystems als Schutz vor einem Domino-Effekt bei künftigen Bankrotten;
- » ein Ende der Haftungsunion mit ihrer Möglichkeit, den Steuerzahler wie im Falle der Zypern-Sanierung mit einer automatischen Abgabe auf sein Bankenvermögen zu belasten und so quasi teilweise zu enteignen.

Für eine Außenpolitik im Interesse der europäischen Völker

Während außenpolitisches Handeln in den letzten Jahren verstärkt der nationalen Kompetenz der EU-Länder entzogen und der Zuständigkeit Brüssels zugeordnet wurde, folgt der Gesamtansatz europäischer Außenpolitik heute weitgehend den Vorgaben transatlantischer Einflußzirkel und der US-Hegemonialpolitik. Eine eigenständige, an den Interessen der europäischen Völker orientierte Außenpolitik findet dagegen nicht statt.

Zahlreiche Aktionsfelder der gegenwärtigen EU-Außenpolitik sind von der amerikanischen Interessenpolitik diktiert – und setzen Europa immer wieder ohne Notwendigkeit dem Risiko internationaler Verwicklungen und auswärtiger Konflikte aus.

Stellvertretend sind zu nennen:

- » das unverändert verfolgte Projekt einer türkischen EU-Mitgliedschaft;
- » die in Kooperation mit amerikanischen „Stiftungen“ und Einflußorganisationen praktizierte Einmischungspolitik der

EU in Osteuropa (Weißrußland, Ukraine);

- » die Installierung eines amerikanischen „Raketen-Schutzschildes“ in Ostmittel- und Südosteuropa, die als Reaktion die Stationierung neuer russischer Atomraketen entlang der EU-Ostgrenze in Ostpolen provoziert hat;
- » die Verwicklung europäischer Streitkräfte – u.a. der Bundeswehr – in den von den USA und einigen arabischen Ländern am Köcheln gehaltenen Syrien-Konflikt durch Stationierungsmaßnahmen in der Türkei;
- » die Beteiligung europäischer – auch deutscher – Marineeinheiten an amerikanischen maritimen „Battle Groups“ sowie an außenpolitisch riskanten Einsätzen im östlichen Mittelmeer.

Diesem Ansatz einer europäischen Vasallen-Außenpolitik im Kielwasser der USA setzen wir Nationaldemokraten das Bekenntnis zu einem selbstbewußten und außenpolitisch souveränen Europa entgegen. Wir bekennen uns zu der von Carl Schmitt formulierten europäischen Großraumpolitik mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte.

DIE TÜRKEI GEHÖRT NICHT ZU EUROPA



Im Straßburger Europaparlament werden wir uns deshalb einsetzen für:

- » die Formulierung einer europäischen, von Konzern- und US-Interessen unabhängigen Außenpolitik, die den Lebens- und Zukunftsinteressen der europäischen Völker dient;
- » den Aufbau partnerschaftlicher und dauerhafter Beziehungen zu Rußland, wobei wir zutiefst davon überzeugt sind, daß eine stabile und intensive Kooperation vor allem Deutschlands und Rußlands dem Fernziel einer künftigen gesamteuropäischen Wohlstandszone dienlich ist;
- » die längst überfällige Errichtung einer gemeinsamen europäischen Abwehrlinie zum Schutz vor unkontrollierter Masseneinwanderung; der koordinierte Schutz Europas vor dem Massenansturm Fremder muß als vorrangige europäische Gemeinschaftsaufgabe in Angriff genommen werden und spezifische – auch militärisch flankierte – Maßnahmen im Mittelmeer ebenso wie auf dem Balkan und entlang der EU-Landgrenze in Ostmitteleuropa umfassen;
- » die Herstellung stabiler politischer Verhältnisse in der südlichen Mittelmeeraanrainer-Region, die durch den vom

Westen und den USA provozierten „Arabischen Frühling“ zerstört worden ist; die derzeit von Instabilität heimgesuchten Länder am Südrand des Mittelmeeres müssen dabei wieder als verlässliche Partner bei der Abwehr unkontrollierter Flüchtlingsmassen aus Afrika und der übrigen Dritten Welt gewonnen werden;

- » die Rückkehr zum Prinzip strikter Nichteinmischung der EU in die inneren Verhältnisse der benachbarten Großräume;
- » den Abbruch der Verhandlungen über eine EU-Mitgliedschaft der Türkei; die Türkei ist kein europäisches Land und wird es niemals werden;
- » die Formulierung einer gemeinsamen europäischen Rohstoff- und Interessenpolitik im transmediterranen Glacis Afrika;
- » grundsätzlich: die Neujustierung der europäischen Außen- und Weltpolitik weg von der zwanghaften transatlantischen Fixierung.



VII. EUROPA – UNSER WELTTEIL

EUROPA WÄHLT

RECHTS

Rechtsstaat, Bildung und Identität im Europa souveräner Völker

Das Europa von Brüssel zeigt alle Anzeichen eines bürgerfern, anonymen und intoleranten Superstaates, der sich immer mehr zu einer „UdSSR light“ entwickelt – mit einer weltfremden Leit-Ideologie, zunehmender ideologischer Bevormundung der Bürger und allen Instrumenten einer organisierten Meinungslenkung, Zensur und Gesinnungskontrolle.

Das Europa der EU hat sich mittlerweile einer allen europäischen Traditionen zuwiderlaufenden Wertewelt verschrieben, deren besondere Schwerpunkte auf der irrwitzigen „Gender Mainstreaming“-Ideologie, einer zukunftsfeindlichen Förderung sexueller und anderer Randgruppen, einer bewußten Bevölkerungsdezimierung durch ein herbeihalluziniertes „Menschenrecht auf Abtreibung“, wie es beispielsweise im sogenannten „Estrela-Bericht“ seinen Ausdruck findet, und einer Mißachtung der traditionellen Familie mit Kindern liegen. Ein verhängnisvoller Werte-Relativismus rundet das Bild einer zukunftsunwilligen und zukunftsunfähigen „Kultur des Todes“ (Papst Benedikt XVI.) ab. Die EU sagt zudem den Zeugnissen heimischen Brauchtums offen den Kampf an – die Verdrän-

gung des traditionellen Weihnachtsschmuckes aus dem Straßenbild europäischer Städte mit Rücksicht auf die Befindlichkeiten von islamischen Zuwanderern ist längst in vollem Gange.

Während falsche Weichenstellungen wie die sogenannte „Rechtschreibreform“ in Deutschland zu einem rabiaten Anschlag auf die Schreibkompetenz der jüngeren Generation geführt haben, ging auf europäischer Ebene der sogenannte „Bologna-Prozeß“ im Hochschulwesen mit einer Nivellierung und Ausdünnung der universitären Bildungsinhalte einher. Den Schaden hat dabei vor allem das ehemals bewunderte deutsche Hochschulsystem, das als Folge des „Bologna-Prozesses“ nur noch mittelmäßig ausgebildete Bachelor- und Master-Studienabgänger produziert. Diesem bildungspolitischen Wahnsinn sagen wir Nationaldemokraten auch auf EU-Ebene den Kampf an.

Mehr als auf anderen Handlungsfeldern steht der nationaldemokratische Politikansatz im Bereich der Kultur- und Bildungspolitik in diametralem Widerspruch zur herrschenden Wertewelt der Brüsseler EU.

Darum geht's:

Europa ist vielfältig! Wir dürfen uns durch die EU nicht gleichmachen lassen!

Im einzelnen fordern wir:

- » eine Rückabwicklung des verhängnisvollen „Bologna-Prozesses“ und die Rückkehr der deutschen Hochschulen zu ihren bewährten Studienangeboten;
- » Schluß mit der „multikulturellen“ Fragmentierung der europäischen Gesellschaften, ihres öffentlichen Erscheinungsbildes, einer hysterischen „Willkommenskultur“ gegenüber raum- und kulturfremden Zuwanderermassen und dem Kniefall vor dem Islam; Europa muß auch im 21. Jahrhundert Heimat der Europäer bleiben und sein abendländisches Antlitz bewahren;
- » ideologische Umerziehungsprojekte wie die Installierung einer europaweiten „Gender Mainstreaming“-Infrastruktur sind schleunigst und mit aller Konsequenz zu beenden;
- » in ihrer Kulturpolitik muß sich die Europäische Union ohne Wenn und Aber dem überlieferten abendländischen Kulturkosmos in seiner ganzen Vielfalt verpflichtet sehen; die Förderung muslimischer Parallelwelten muß schon mit Blick auf die Aufrechterhaltung des inneren Friedens der europäischen Gesellschaften europaweit abgestellt werden;
- » alle Ansätze einer totalitären Gesinnungsgängelung, insbesondere wo sie sich gegen national-identitäre Bestrebungen richtet, müssen unverzüglich gekappt werden; in gleicher Weise muß die millionenschwere Propagierung der Brüsseler EU und ihrer Politik sowie die zunehmende Gängelung kritischer Journalisten sofort beendet werden;
- » die Vereinheitlichung der europäischen Bildungslandschaft lehnen wir ab; jedes der europäischen Völker muß frei sein, nationale Bildungsinhalte im Rahmen seines nationalen Schulsystems an die junge Generation weiterzugeben;
- » Europa muß endlich wieder zu einem Raum der geistigen Freiheit und Vielfalt werden. Gängelungs- und Zensurgesetze, die die freie Meinungsäußerung einschränken (wie der sog. „Volksverhetzungs“-Paragraph 130 StGB) sind einer freiheitlichen Geistestradiation unwürdig und dürfen in der Rechtspflege keines EU-Mitgliedslandes ihren Platz haben;
- » aus deutscher Warte werden wir uns auf europäischer Ebene insbesondere für die Außerkraftsetzung der verbrecherischen Beneš-Dekrete in der Tschechischen Republik einsetzen, die den geltenden europäischen Minderheitenstandards diametral zuwiderlaufen.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Verbund souveräner Völker

Im Gefolge einer zunehmend hegemonialen Interventions- und Expansionspolitik gerät auch die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zunehmend in den Sog eines verfehlten und für die Zukunftsinteressen der europäischen Völker gefährlichen Politikansatzes. Die Vorgaben dazu liefern transnationale Konzerne, transatlantische „Think Tanks“ und die weltweite Rowdypolitik der USA, für die die nationale Souveränität fremder Völker – wie im ehemaligen Jugoslawien, im Irak oder in Afghanistan – häufig ein Kriegsgrund ist. Durch die willenslose Auslieferung Europas als Stationierungsterrain für weitreichende amerikanische Aggressionswaffen (wie etwa den sogenannten „Raketen-Schutzschild“, dessen Komponenten in Ostmittel- und Südosteuropa installiert werden) macht Brüssel Europa darüber hinaus zum potentiellen Angriffsziel fremder Streitkräfte.

In der durchdringenden Beherrschung fremder Weltregionen reichen sich USA und EU heute vielfach die Hand. Dazu ist es aus Sicht der Brüsseler Kommissare erforderlich, auch die Sicherheits- und Verteidigungsanstrengungen der EU-Mitgliedsländer unter dem Dach einer ge-

meinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gleichzuschalten und auf die Vorgaben einer globalen Einmischungsdoktrin abzustimmen. Gleichzeitig werden die nationalen Verteidigungskapazitäten der EU-Staaten sukzessive ausgedünnt, weil bestimmte militärische Kompetenzen künftig nur noch auf europäischer, nicht aber auf nationaler Ebene vorgehalten werden sollen. Die damit einhergehende Wehrlosmachung der EU-Staaten ist zwar im Sinne einer optimal beherrschbaren „One World“ von Gnaden der USA, aber nicht im Interesse der Souveränitätswahrung der europäischen Nationalstaaten.

Wir Nationaldemokraten lehnen diese Generallinie der Brüsseler Sicherheits- und Verteidigungspolitik ab und fordern:

- » die sukzessive Entflechtung multinationaler Großverbände und ihre Rückgliederung in nationale Verteidigungsstrukturen: dies gilt insbesondere für die Bundeswehr, die heute über keinen einzigen selbständig handlungsfähigen militärischen Großverband mehr verfügt, während viele Einheiten der Bundeswehr dauerhaft in überstaatliche militärische Strukturen „integriert“ sind;

Darum geht's:

**Europäische
Verteidigungs-
politik darf nicht
zum Spielball
fremder Interessen
werden!**

- » die Wiederherstellung eines souveränen Europas durch den Abzug aller fremden, insbesondere amerikanischen Truppenteile von europäischem Boden; hierzu gehört insbesondere der schnellstmögliche Abzug des amerikanischen „Raketen-Schutzschildes“ aus den Stationierungsländern in Ostmittel- und Südosteuropa und die Auflösung der amerikanischen Militärlogistik mit ihren Befehls- und Abhöreinrichtungen auf dem Boden der Bundesrepublik;
- » die Errichtung eines Europäischen Verteidigungspaktes (EVP) als Plattform zur Koordination der Sicherheitspolitik der Europäischen Union.
- » die kritische Überprüfung der nachrichten- und geheimdienstlichen Kooperation europäischer und fremder Dienste, insbesondere wo sie die Freiheitsrechte der europäischen Bürger und die nationale Souveränität der EU-Mitgliedstaaten bedroht;
- » die Wiederbelebung einer mittelständischen europäischen Rüstungsindustrie, die durch zentralisierte militärische Großprojekte wie den „Jäger 90“ von großen transnationalen Rüstungskonzernen zunehmend an die Wand gedrückt wird; wir halten die Zuständigkeit der Nationalstaaten auch im Bereich des Rüstungs-, Bevorratungs- und Versorgungswesens für wünschenswert.

www.aktion-widerstand.de

DIE JUGEND
FÜR DEUTSCHLAND

03525 - 875 185
bgst@jn-buvo.de



www.npd-materialdienst.de

Ständig aktuelle Kampagnematerialien und viele Artikel
rund um die NPD. Machen Sie selbst Politik!

Informieren. Überzeugen. Verändern.

030 - 650 111 12
material@npd.de



Spenden Sie!

Unsere Arbeit kostet Geld. Da uns das System – wo es nur kann –
finanziell schädigt, sind wir auf Spenden angewiesen!



Kontoinhaber: **NPD-Parteivorstand**
Kontonummer: **66 000 991 92**
Institut: **Berliner Sparkasse**
Bankleitzahl: **100 500 00**

**„Tauschen
wir die Polit-
Bonzen aus,
bevor sie un-
ser Volk aus-
tauschen!“**

Udo Pastörs
Partei vorsitzender



Nehmen Sie Kontakt mit uns auf:

E-Mail: interessenten@npd.de

Telefon: 030 - 650 110

Fax: 030 - 650 111 40

oder schriftlich:


| | |
|-------------|---|
| Name | |
| Vorname | |
| Straße, Nr. | |
| PLZ, Ort | |
| ePost | @ |
| Telefon | |


☐ Ich bitte um kostenlose Übersendung von Infomaterial.

☐ Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahre).

☐ Ich möchte die NPD als passives Fördermitglied regelmäßig
finanziell unterstützen.

☐ Ich möchte Mitglied der JN werden (ab 14 Jahre).

 www.npd.de
www.facebook.com/npd.de

 **030 - 650 110**

 interessenten@npd.de



VIS/AP: J. Hänel, Stelenbinderstr. 42, 12555 Berlin - E.L.S.

Bitte
mit 0,45 €
freimachen

NPD-Parteizentrale
Postfach 84 01 57
12531 Berlin

DAS EIGENE
VOLK ZUERST!



WIR SIND NICHT

**DAS SOZIALAMT
DER WELT**



facebook.com/npd.de
www.npd.de